

Zeitschrift: Jahrbuch Oberraargau : Menschen, Orte, Geschichten im Berner Mittelland
Herausgeber: Jahrbuch Oberraargau
Band: 55 (2012)

Artikel: Identität und Regionalkonferenz : eine Retrospektive zur regionalen Volksabstimmung vom 11. März 2012
Autor: Häusler, Marc
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Identität und Regionalkonferenz

Eine Retrospektive zur regionalen Volksabstimmung vom 11. März 2012

Marc Häusler

Am 11. März 2012 lehnte der Oberaargau die Einführung einer Regionalkonferenz ab. Dieser Beitrag soll die Geschehnisse rund um den geschichtsträchtigen Abstimmungssonntag wiedergeben und ist ein Versuch, diese zu würdigen.

1. Die Abstimmungsvorlage: Einführung einer Regionalkonferenz im Oberaargau

Nachfolgend wird erklärt, wieso es überhaupt zu der regionalen Volksabstimmung über die Einführung einer Regionalkonferenz im Oberaargau kam, und worum es in dieser Vorlage ging.

1.1. Ausgangslage: Umsetzung SARZ 2005

Gestützt auf einen Auftrag des Grossen Rates legte der Regierungsrat im Mai 2005 den Bericht zur «Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)» vor. Der Grosse Rat nahm diesen Bericht im September 2005 zustimmend zur Kenntnis. Im Bericht sowie der Botschaft zur Abstimmung vom 17. Juni 2007 über die Umsetzung von SARZ begründet der Regierungsrat diese Strategie: «Die heutige Lebensweise erfordert attraktive und vernetzte Lebensräume. Räume, in denen Arbeiten, Wohnen, Einkaufen, Freizeit und Erholung gleichermassen möglich sind. Die Gesellschaft ist mobil, das löst Verkehr aus. Die Arbeitsplätze konzentrieren sich immer stärker auf die Zentren und Agglomerationen.» Als Folge davon ist der Regierungsrat der Ansicht, dass «die Pendlerströme zunehmen werden, was zu wachsenden Verkehrsproblemen führen wird». Es braucht demnach Siedlungs- und Verkehrsplanungen, die besser aufeinander abgestimmt sind. Um dies zu erreichen, ist eine

«grossräumigere Zusammenarbeit der Gemeinden» nötig. Beim öffentlichen Verkehr besteht mit den regionalen Verkehrskonferenzen bereits eine solche regionale Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit hat sich gemäss Regierungsrat «bewährt und soll nun auf weitere Aufgabenbereiche, vor allem auf die Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung, die regionale Richtplanung, die Regionalpolitik sowie die Kulturförderung ausgedehnt werden.»

Vor diesem Hintergrund und mit dieser Erkenntnis entstand die Idee der Regionalkonferenz. Die Abstimmung über SARZ und die damit einhergehenden Änderungen der Verfassung sowie des Gemeindegesetzes wurden am 17. Juni 2007 mit einer grossen Mehrheit – auch im Oberaargau – angenommen.

1.2. Das Regionalkonferenzen-Modell

Bis anhin waren im Kanton Bern für die regionale Zusammenarbeit privatrechtliche Organisationen zuständig. Im Oberaargau war und ist dies der Verein Region Oberaargau, dessen Mitglieder alle 47 Einwohnergemeinden des Verwaltungskreises Oberaargau, vier ausserkantonale Einwohnergemeinden sowie 18 regionale und teilregionale Organisationen sind. Neu sollte nach Meinung des Regierungsrates eine einzige Organisation – die Regionalkonferenz – die Kräfte der Gemeinden bündeln und die nötige politische Vernetzung schaffen. Vereinfacht ausgedrückt, ist die Regionalkonferenz eine öffentliche Organisation für die regionale Zusammenarbeit. Mitglieder der Regionalkonferenz sind die bernischen Einwohnergemeinden, die insbesondere in den Bereichen Verkehr, Siedlungsentwicklung und neue Regionalpolitik eine gemeinsame Haltung entwickeln sollen. Jede Einwohnergemeinde ist in diesem «Rat» durch ein Exekutivmitglied mit entsprechender Stimmkraft (nach Einwohnerzahl gewichtet) vertreten. Eine Regionalkonferenz kann in einer Region eingeführt werden, wenn die Mehrheit der Stimmbürger und die Mehrheit der Einwohnergemeinden der Einführung zustimmen. Im Kanton Bern sollen sechs solche Regionalkonferenzen in den folgenden Regionen entstehen: Oberland-Ost (operativ seit 2008), Thun-Oberland West (2010 an der Urne abgelehnt), Bern Mittelland (operativ seit 2010), Emmental (am 11.3.2012 angenommen), Oberaargau (am 11.3.2012 abgelehnt) und Biel/Bienne-Seeland-Jura bernois (Startzeitpunkt noch offen).

Die Regionalkonferenzen übernehmen die folgenden Aufgaben (Art. 141 Gemeindegesetz des Kantons Bern):

- Sie erlassen die regionalen Richtpläne.
- Sie erarbeiten die regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte.
- Sie definieren das Angebot im öffentlichen Verkehr und stellen dem Kanton dazu Antrag.
- Sie erlassen (unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums) ausnahmsweise regionale Überbauungsordnungen, um für die Region strategisch wichtige Siedlungs- oder Entwicklungsprojekte umzusetzen.
- Sie erlassen die regionalen Entwicklungsstrategien und Programme nach den Bestimmungen der Regionalpolitik des Bundes.
- Sie sind verantwortlich für die Kulturförderung und die Energieberatung.
- Sie übernehmen weitere Aufgaben, die ihnen die Gemeinden freiwillig übertragen (z. B. Wirtschaftsförderung, Sozialwesen oder Sportstättenplanung), wobei nur diejenigen Gemeinden verpflichtet werden, die der Übertragung der Aufgabe ausdrücklich zugestimmt haben.
- Sie übernehmen weitere obligatorische Aufgaben, die ihnen der Grosse Rat per Gesetzesänderung überträgt.



Botschaft des Regierungsrates zur regionalen Volksabstimmung über die Einführung der Regionalkonferenz im Oberaargau

1.3. Die Eckdaten der Regionalkonferenz Oberaargau

Die Regionalkonferenz Oberaargau hätte sich wie folgt präsentiert:

- 47 Gemeinden mit ca. 77 000 Einwohnern (8 Prozent der Kantonsbevölkerung).
- 76 Stimmen gemäss Stimmkraftgewichtung pro Gemeinde (26×1 Stimme, 16×2 Stimmen, 4×3 Stimmen und 1×6 Stimmen).
- Die Stadt Langenthal hat 6 von 76 Stimmen, was einer Stimmkraft von 7,5 Prozent – bei einer Einwohnerzahl von 20 Prozent der Gesamtbevölkerung des Oberaargaus – entspricht.
- Kosten: ca. Fr. 6.– pro Einwohner und Jahr. Unterstützung durch den Kanton ca. Fr. 50 000.–, ohne Regionalkonferenz sind es Fr. 20 000.–.

2. Im Vorfeld der Abstimmung

Der Verein Region Oberaargau verfolgte das Thema Regionalkonferenz seit 2008 intensiv. Nach fachlichen und politischen Abklärungen sowie mehreren Informationsveranstaltungen organisierte die Region unter

ihren Mitgliedsgemeinden letztlich eine Umfrage zum Thema Regionalkonferenz Oberaargau, deren Resultate im März 2010 vorlagen. 45 Gemeinden begrüßten, dass die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung einer Regionalkonferenz aufgenommen wurden, während vier Gemeinden dies ablehnten. Aufgrund dieses sehr klaren Ergebnisses entschied der Vorstand, einen strategischen Lenkungsausschuss zur Vorbereitung der Regionalkonferenz einzusetzen.

An der Vorstandssitzung der Region Oberaargau vom 3. Juni 2010 wurden folgende Personen in den Lenkungsausschuss gewählt und anschliessend von der Gemeindepräsidentenkonferenz bestätigt (mit Ausnahme von Robert Sutter waren es alles Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten):

- Sutter Robert, Niederbipp (Präsidium)
- Hofer Katharina, Wiedlisbach (ab 1. Januar 2011: Scheidegger Fritz, Wangen a. A.)
- Leuenberger Anna, Melchnau
- Muralt Hansjörg, Huttwil
- Reber Rolf, Bannwil
- Ruf Charlotte, Herzogenbuchsee
- Rufener Thomas, Langenthal
- Schneeberger Rolf, Thörigen
- Sigrist Fritz, Madiswil (ab 1. Januar 2011: Flückiger Vreni, Madiswil)

Dazu nahmen beratend Einsitz im Lenkungsausschuss:

- Schaub Paula, Vertreterin der Regionalen Kulturkonferenz Langenthal, Langenthal
- Sommer Martin, Regierungsstatthalter, Wangen a. A.

Operativ wurde der Lenkungsausschuss betreut durch:

- Costa Stefan, Geschäftsführer Region Oberaargau, Langenthal
- Vonäsch Lotti, Geschäftsführerin Regionale Kulturkonferenz Langenthal, Langenthal (ab 1. April 2011: Ott Betty, Bleienbach)

Der Lenkungsausschuss beantragte am 1. September 2011 nach einem breit durchgeführten Mitwirkungsprozess dem Regierungsrat für den 11. März 2012 die Durchführung einer Volksabstimmung über die Einführung einer Regionalkonferenz. Der Regierungsrat des Kantons Bern kam diesem Anliegen nach und setzte den regionalen Urnengang auf das gewünschte Datum an.

Über die Einführung einer Regionalkonferenz konnten die Stimmbürger-

rinnen und Stimmbürger im Rahmen einer für den Oberaargau einmaligen regionalen Volksabstimmung entscheiden. Stimmberechtigt waren ausschliesslich die Stimmberechtigten im Verwaltungskreis Oberaargau. Damit eine Regionalkonferenz gebildet werden kann, benötigt die Vorlage neben dem absoluten Stimmenmehr auch das Mehr der Einwohnergemeinden des Verwaltungskreises. Mit anderen Worten mussten nicht nur über 50 Prozent der stimmenden Oberaargauerinnen und Oberaargauer für die Regionalkonferenz sein, sondern auch mindestens 24 der insgesamt 47 Einwohnergemeinden. Wird dieses doppelte Mehr nicht erreicht, gilt die Vorlage als abgelehnt.

Wie in keiner anderen Region im Kanton Bern löste die geplante Einführung der Regionalkonferenz im Oberaargau grosse Diskussionen und noch grössere Emotionen aus.

Die eigentlich «technische» Vorlage, bei welcher es mit nüchternem Blick auf den Gesetzestext vor allem um konzeptionelle Fragen im Verkehrs- und Siedlungsbereich geht, wurde zu einer Art Glaubensfrage hinaufstilisiert, und der Verwaltungskreis Oberaargau erlebte einen engagiert und emotional geführten Abstimmungskampf in einer bis anhin so nicht bekannten Art und Weise. Im Vorfeld der Abstimmung berichteten die Printmedien fast täglich über das Thema Regionalkonferenz; sowohl von Gegnern wie von Befürwortern wurden Inserate geschaltet und Flugblätter verteilt sowie Leserbriefe mit zum Teil hochemotionalen Inhalten geschrieben.

Dass es in der Diskussion nicht immer (nur) um die Regionalkonferenz, sondern allgemein auch um die Angst vor Reformen sowie um das Verhältnis zwischen Bürger und Staat ging, wurde schnell klar. Persönlich hatte ich mehrfach die Möglichkeit, als Vertreter des Regierungsstatthalteramtes die Vorlage einem breiten Publikum neutral vorzustellen. Die Wortmeldungen in den anschliessenden Diskussionen liessen eine Skepsis gegenüber allem, «was aus Bern kommt», eindeutig erkennen. Die Regionalkonferenz wurde zudem mehrfach mit der EU verglichen und es wurde entsprechend davor gewarnt; Bemerkungen eines Zuhörers wie «Mire Meinig no söttme mou grad d Höufte vo dene z Bärn entloh» ernteten grossen Beifall.

Es geht hier nicht darum, die Meinungen einzelner Stimmberechtigter zu bewerten, sondern vielmehr darum, aufzuzeigen, dass die Vorlage offensichtlich in Teilen der Bevölkerung als teurer Papiertiger oder «kleptokrati-

Befürworter der Regionalkonferenz unter sich: Thomas Rufener (Grossrat und Stadtpräsident von Langenthal), Rolf Reber und Fritz Scheidegger (Gemeindepräsidenten von Bannwil und Wangen a. A.). Foto Andreas Marbot



sche» Bedrohung empfunden wurde und zu Ängsten vor Verlust der Souveränität der Gemeinden sowie der Bürgerrechte führte.

3. Die Befürworter der Regionalkonferenz Oberaargau

Die Befürworter argumentierten damit, dass die Regionalkonferenz nur Aufgaben übernehmen würde, die ohnehin nicht mehr von einer Gemeinde allein gelöst werden können, und dass die Gemeinden bereits heute gesetzlich zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen gezwungen seien.

Die Regionalkonferenz als demokratisches Gefäss würde sich optimal zur Erfüllung dieser obligatorischen Aufgaben eignen. Ohne Regionalkonferenz wäre der Oberaargau in Verhandlungen mit dem Kanton betreffend Verkehrs- und Raumplanungskonzepte in einer massiv schwächeren Position als die anderen Regionen mit einer Regionalkonferenz, und letztlich würde die Einführung der Regionalkonferenz vom Kanton zusätzlich finanziell belohnt. Zudem würde die Regionalkonferenz auch Verbindlichkeit für die Gemeinden schaffen, damit sie ihre Pflicht zur Teilnahme an der aktiven Gestaltung der Verkehrs- und Siedlungspolitik auch wahrnehmen.



Gegner der Regionalkonferenz:
Patrick Freudiger (Stadtrat, Langenthal). Foto Andreas Marbot

Vor allem von Seiten der Mitglieder von Behörden, welche die Vorlage befürworteten, erhoffte man sich ebenfalls, dass die Einführung einer Regionalkonferenz im Oberaargau identitätsstiftend wirken und sich bei den Einwohnerinnen und Einwohnern des Oberaargaus das Bewusstsein einer homogenen und starken Region manifestieren würde.

Zum Lager der Befürworter gehörten sämtliche Grossräte sowie eine überwiegende Mehrheit der Gemeinderäte des Verwaltungskreises Oberaargau. Mit anderen Worten waren quasi alle vom Volk gewählten Behördenmitglieder – egal welcher politischen Partei sie angehörten – für die Einführung der Regionalkonferenz. Auch dies kann als einzigartige Konstellation bezeichnet werden. Auf die Frage, ob diese Geschlossenheit der Behördenvertreter für die Einführung einer Regionalkonferenz im Oberaargau Einfluss auf die Ablehnung hatte, soll hier nicht näher eingegangen werden. An dieser Stelle sei einzig ein Grossrat zitiert, der im Vorfeld sagte: «S Vouk wird sech danke, wenn aui Grossrät derfür si, de chas jo nüt si (...).» Er sollte Recht behalten.

4. Die Gegner der Regionalkonferenz

Gegen die Einführung der Regionalkonferenz sprach sich ein überparteiliches Komitee rund um Patrick Freudiger (Langenthal), Manfred Schürch (Thörigen) und Hannes Flückiger (Auswil) aus. Die Gegner befürchteten insbesondere den Abbau von Volksrechten und den Verlust der Gemeindeautonomie sowie, dass eine Zwangskörperschaft als vierte Staatsebene mit teurer Bürokratie entstehen würde. Sie erklärten ebenfalls mehrfach, dass sie dem Grossen Rat nicht trauten und befürchteten, dass dieser mittels Gesetzesänderungen den Gemeinden Aufgaben wegnehmen und der Regionalkonferenz übertragen würde. Auffallend ist, dass die Gegner die Aufgaben und die Auswirkungen der Regionalkonferenz gerade umgekehrt interpretierten als die Befürworter, welche die Regionalkonferenz als Stärkung der demokratischen Mitwirkung der Bevölkerung sahen. In den Augen der Gegnerschaft bedeutete die Regionalkonferenz Zentralismus und damit Verlust von Souveränität.

Von den Gemeinderäten, die sich in der Umfrage im Frühjahr 2010 gegen die Einführung der Regionalkonferenz ausgesprochen hatten, engagierten sich diejenigen von Farnern und Rohrbach auch im Abstimmungskampf und riefen ihre Einwohner mit Flugblättern zu einem Nein auf.

5. Der Abstimmungssonntag vom 11. März 2012

Das Regierungsstatthalteramt Oberaargau wurde vom Regierungsrat des Kantons Bern mit der Durchführung der regionalen Volksabstimmung zur Einführung der Regionalkonferenz beauftragt. Die Spannung war entsprechend gross, als die Mitarbeitenden des Regierungsstatthalteramts die Resultate entgegennahmen. Früh zeichnete sich eine Nein-Tendenz ab, da vorweg die kleineren Gemeinden ihre Stimmzettel ausgezählt und die Resultate gemeldet hatten. Insbesondere in den kleinen Gemeinden waren diese zum Teil hauchdünn. So sagte beispielsweise Busswil bei Melchnau mit nur gerade einer Stimme Differenz Ja zur Regionalkonferenz, wogegen in Ochlenberg und Schwarzhäusern die Vorlage mit zwei respektive vier Stimmen abgelehnt wurde. Sämtliche knappen Resultate wurden durch das Regierungsstatthalteramt doppelt verifiziert. Erstmals wurde auch an einem Abstimmungssonntag zur Pressekonzferenz ins Schloss Wangen a. A. eingeladen. Der Einladung folgten neben den Medienvertretern auch Vertreter des Ja- und des Nein-Komitees. Regierungsstatthalter Martin Sommer konnte den gespannten Anwesenden folgende Ergebnisse mitteilen:

Resultate

Stimmberechtigte	55 739
Total Stimmende	20 028
Stimmbeteiligung	35.93 %
Ja-Stimmen	10 797 (53.91 %)
Nein-Stimmen	9 231 (46.09 %)
Zustimmende Gemeinden	19
Ablehnende Gemeinden	28



Im Schloss Wangen gab Regierungsrat Martin Sommer (rechts) das Resultat der Abstimmung bekannt. Foto Andreas Marbot

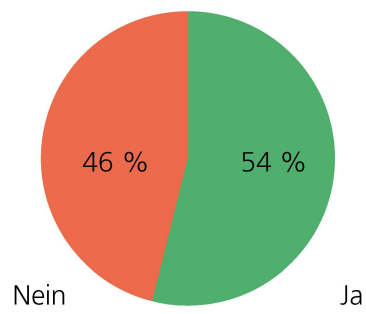
Die Einführung der Oberaargauer Regionalkonferenz scheiterte damit am Gemeindemehr, womit die Vorlage insgesamt als abgelehnt gilt. Zu den einzelnen Resultaten aus den Gemeinden kann festgestellt werden, dass es keine besonderen Unterschiede zwischen den ehemaligen Amtsbezirken Aarwangen (9 Ja und 13 Nein) und Wangen (10 Ja und 12 Nein) gibt. Im ehemaligen Amt Wangen stimmten etwas mehr Gemeinden zu, dafür war im ehemaligen Amt Aarwangen der Ja-Anteil der Stimmen etwas höher. Einzig die ehemaligen Gemeinden des Amtes Trachselwald lehnten die Vorlage geschlossen ab – dies notabene im Gegensatz zu denjenigen ehemaligen Trachselwalder Gemeinden, die in den Verwaltungskreis Emmental integriert sind und der Vorlage grossmehrheitlich zustimmten.

*Ergebnisse der Volksabstimmung
vom 11. März 2012 nach Gemeinden*

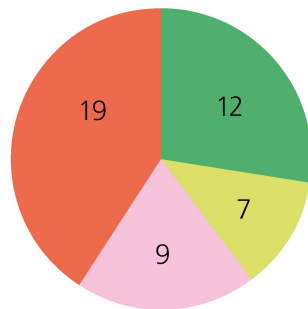
	Ja	Nein	Prozent Ja	Resultat
Aarwangen	649	496	57	Ja
Attiswil	200	196	51	Ja
Auswil	45	88	34	Nein
Bannwil	94	98	49	Nein
Berken	7	19	27	Nein
Bettenhausen	98	126	44	Nein
Bleienbach	85	116	42	Nein
Busswil b.M.	37	36	51	Ja
Eriswil	89	189	32	Nein
Farnern	27	53	34	Nein
Gondiswil	86	141	38	Nein
Graben	28	65	30	Nein
Heimenhausen	153	129	54	Ja
Hermiswil	24	15	62	Ja
Herzogenbuch- see	1085	634	63	Ja
Huttwil	587	600	49	Nein
Inkwil	88	96	48	Nein
Langenthal	2545	1103	70	Ja
Lotzwil	380	264	59	Ja
Madiswil	386	468	45	Nein
Melchnau	193	156	55	Ja
Niederbipp	426	433	50	Nein
Niederönz	274	175	61	Ja
Oberbipp	201	238	46	Nein

	Ja	Nein	Prozent Ja	Resultat
Obersteckholz	69	57	55	Ja
Ochlenberg	94	96	49	Nein
Oeschenschachen	15	34	31	Nein
Reisiswil	14	30	32	Nein
Roggwil	522	402	56	Ja
Rohrbach	78	332	19	Nein
Rohrbachgraben	31	78	28	Nein
Rumisberg	77	93	45	Nein
Rütschelen	76	98	44	Nein
Schwarzhäusern	72	76	49	Nein
Seeberg	241	163	60	Ja
Thörigen	143	176	45	Nein
Thunstetten	385	344	53	Ja
Urnenbach	46	192	19	Nein
Walliswil b. Niederbipp	33	29	53	Ja
Walliswil b. Wangen	54	92	37	Nein
Walterswil	43	99	30	Nein
Wangen a.Aare	319	244	57	Ja
Wangenried	63	54	54	Ja
Wiedlisbach	277	179	61	Ja
Wolfisberg	28	53	35	Nein
Wynau	185	178	51	Ja
Wyssachen	105	198	35	Nein
Total	10 757	9 231	54	

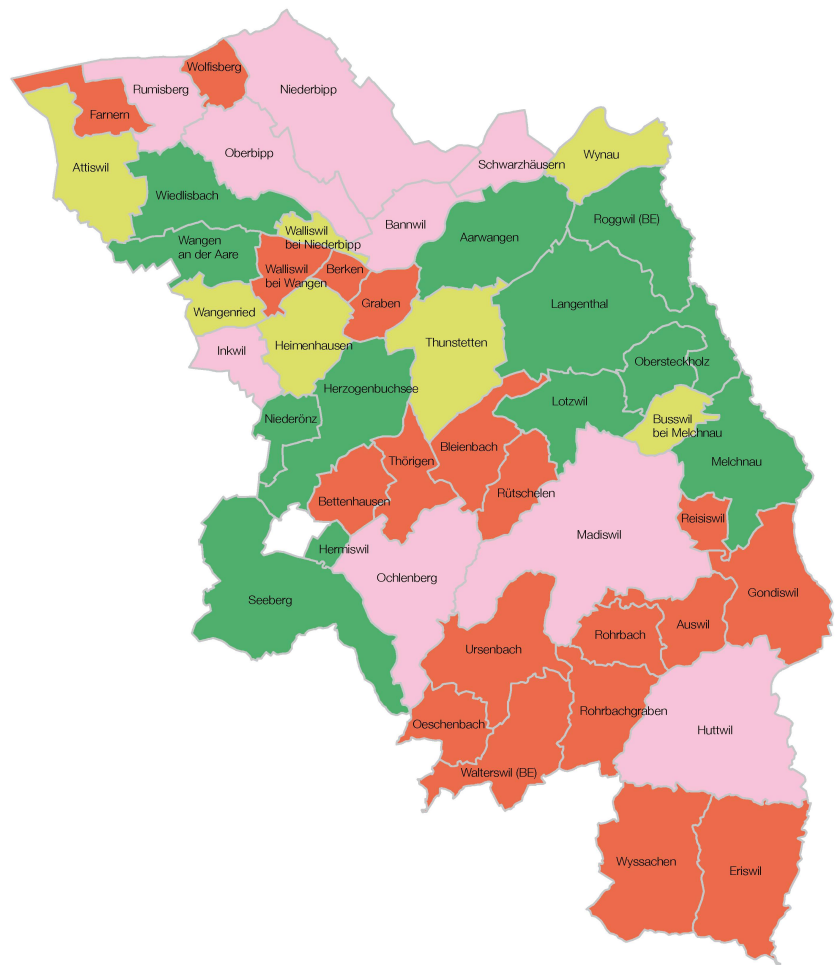
Resultat nach Stimmen



Resultat nach Gemeinden (Anzahl)



- deutliches Nein
- knappes Nein
- knappes Ja
- deutliches Ja



Am Rande sei hier erwähnt, dass bei der Verkündung der Resultate bei der Gegnerschaft der Vorlage keinerlei Freudenausbrüche zu sehen waren. In beiden Lagern herrschte grosse Überraschung und bei den Befürwortern zusätzlich Konsternation; mit diesem deutlichen Resultat hatte offenbar niemand gerechnet.

6. Analyse des Abstimmungsergebnisses durch den Lenkungsausschuss der Regionalkonferenz Oberaargau

Im Schlussbericht vom 25. Mai 2012 des Lenkungsausschusses der Regionalkonferenz Oberaargau wurde das Abstimmungsergebnis wie folgt analysiert:

Der Oberaargau verfügt verhältnismässig über sehr viele kleine und kleinste Gemeinden. Das erhöht die Hürde für das so genannte Gemeindegemeinschaft. Spürbar ist bei den Resultaten eine Tendenz Zentrum-Peripherie: ein Gürtel von Wynau über Langenthal nach Herzogenbuchsee und in Richtung Wangen-Attiswil sagte Ja, der Rest beinahe geschlossen Nein. Weiter erwies es sich für die Behördenvertreter in den Gemeinden als schwierig, die Bevölkerung mit der Thematik zu erreichen. Resultat war ein Graben zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Politik und dem Stimmvolk. Wirkten beispielsweise die gemeinsamen Grossratsinhalte für viele gar etwas suspekt? Und schlussendlich war das verbindliche Element einer Regionalkonferenz – welches dann noch schwer fassbar war – für viele Gemeinden ein (zu) störender Faktor. Es ist davon auszugehen, dass die Vorlage nicht umfassend genug verstanden wurde, schliesslich ist und bleibt sie ein relativ technisches Geschäft – weit weg von der Bevölkerung. Der Bürger, die Bürgerin versteht solche Verknüpfungen und Abhängigkeiten nicht, muss und kann sie wohl auch nicht erkennen.

Das Interesse konnte bei den politisch durchschnittlich interessierten Bürgerinnen und Bürgern deshalb zu wenig geweckt werden. Das zeigt auch die relativ tiefe Stimmbeteiligung und die in einigen Gemeinden doch beachtliche Abweichung zwischen der Beteiligung bei den eidgenössischen und derjenigen bei der regionalen Vorlage. Es ist zudem nicht gelungen, den Mehrwert einer Regionalkonferenz zu vermitteln. Für

viele ist die heutige Lösung mit dem effizient funktionierenden Verein gut und deshalb die Notwendigkeit für einen Wechsel nicht ersichtlich. Und wenn der Mehrwert einer Vorlage nicht erkannt wird, weckt das Verunsicherung über den Zweck einer vorzunehmenden Veränderung. Und Verunsicherte stimmen tendenziell Nein. Die Regionalkonferenz-Vorlage wurde wohl vielerorts zudem auch verwendet, um einer allgemeinen Staatsverdrossenheit und Reformmüdigkeit Ausdruck zu geben. Mit Verdrossenheit einher gehen diffuse Sorgen angesichts einer (angeblichen) Zentralisierung und einem Autonomieverlust, die von den Gegnern sehr erfolgreich bewirtschaftet wurden. Aber auch eine latente Angst vor einer zu starken Zentrumsgemeinde (professionelle Verwaltung Langenthals) schimmerte da und dort durch. Die vorgängige Diskussion um das Fusionsgesetz wirkte dabei ebenfalls nicht förderlich. Im Vorfeld der Abstimmung wirkte eine kleinere, aber sehr gut organisierte Gegnerschaft, die über erhebliche finanzielle Mittel verfügte. Es waren in diesen Kreisen teilweise fast schon missionarische Züge spürbar. Die Befürworterinnen und Befürworter hingegen waren weit weniger emotional engagiert. Für sie stand die Sachlichkeit der Vorlage an erster Stelle. Vielleicht wurde die befürwortende Seite auch etwas spät aktiv, unterschätzte das Gemeindemehr und hätte beispielsweise mit gezielten Flugblattaktionen in vorab kleineren Gemeinden eventuell noch etwas mehr erreichen können. Allgemein ist zu konstatieren, dass das demokratische Nein auch ein bewusstes Nein zu mehr demokratischen regionalen Instrumenten war. Diese wurden anscheinend nicht besonders hoch gewichtet, was doch angesichts der politischen Herkunft der gegnerischen Hauptexponenten erstaunt.

7. Persönliche Gedanken zum Abstimmungsergebnis

Die Analyse des Leitungsausschusses soll hier bewusst unkommentiert bleiben; dennoch erlaube ich mir zum Schluss dieser Berichterstattung über die Abstimmung zur Regionalkonferenz Oberrhein ein paar persönliche Gedanken zu deren Ausgang und Einfluss auf die Identitätsfindung des Oberrheins.

Vorweg möchte ich festhalten, dass das Abstimmungsergebnis demokratisch zustande gekommen ist und der Wille des Souveräns in jedem Fall zu akzep-

tieren und zu respektieren ist. Wenn ich aber an das Resultat der Abstimmung denke, kommt mir eigentlich nur ein Wort in den Sinn: «Schade!» *Schade*, dass die regionale Volksabstimmung zur Einführung der Regionalkonferenz im Oberaargau vermutlich einmalig bleiben wird und durch das Nein regional-politische Fragen wohl nie mehr in einer solchen Breite und in einem so engagiert geführten Abstimmungskampf wie demjenigen vor dem 11. März 2012 diskutiert werden können.

Schade für all diejenigen Politiker und gewählten Behördenmitglieder, welche mit ihrem Namen für die Regionalkonferenz einstanden. Das Nein zur Regionalkonferenz muss für sie auch ein Misstrauensvotum gegen die «classe politique» bedeuten, was nachdenklich stimmen sollte. Diese Tendenz und den Vorwurf, dass Politiker am Volk vorbeipolitisieren würden, kennt man auf Bundesebene und eventuell auch auf kantonaler Ebene, ist aber in dieser Form nach meinem Verständnis auf kommunaler Ebene neu. Es bleibt zu hoffen, dass es sich dabei um eine Ausnahme handelt.

Schade letztlich um die verpasste Chance, als Region gefühlsmässig enger zusammenzuwachsen.

Es war eindrücklich zu spüren, wie an der auf die Abstimmung folgenden Gemeindepräsidentinnen- und Gemeindepräsidentenkonferenz vom 3. April 2012 in Madiswil die Ablehnung der Regionalkonferenz auf die Stimmung bei den Anwesenden drückte. Die Enttäuschung war den meisten ins Gesicht geschrieben, und es war feststellbar, dass für eine Diskussion über regionale Zusammenarbeit in diesem Moment wenig Motivation vorhanden war. Das Nein zur Regionalkonferenz war und ist für die Identitätsfindung schädlich. Das Resultat muss erst noch verdaut werden, bevor wieder zum «courant normal» übergegangen werden kann. Immerhin kann festgehalten werden, dass sich bei den Gemeindepräsidien die Stimmung bereits anlässlich der Flyer-Velotour durch den Oberaargau vom 6. Mai 2012 merklich gebessert hatte und die Motivation, gemeinsam etwas zu unternehmen, wieder da war.

Bei aller Enttäuschung der meisten Politiker über den Ausgang der Abstimmung muss meines Erachtens die Ablehnung der Regionalkonferenz auch als Chance gesehen werden, den Problemen, welche die Oberaargauerinnen und Oberaargauer grundsätzlich mit der Regionalisierung haben, nun auf den Grund zu gehen.

Es wird Sache der Politik wie auch des Vereins Region Oberaargau sein, den Gründen, welche zu diesem Abstimmungsergebnis geführt haben, weiter nachzugehen und die Konsequenzen aus den Erkenntnissen zu ziehen. Das Resultat der Abstimmung hat gezeigt, dass ein Zusammenrücken auf «technischer» Ebene von der Mehrheit der Gemeinden im Oberaargau als falscher Schritt angesehen wird; dieses Zusammenrücken muss demnach auf der emotionalen Ebene stattfinden. Das Nein zur Regionalkonferenz zeigt weiter, dass regionale Themen noch intensiver zu bearbeiten sind als in der Vergangenheit. Die Ablehnung muss letztlich auch von den Gemeinden als Chance gesehen werden, um ausserhalb des Gefässes Regionalkonferenz enger zusammenzuarbeiten und um zu beweisen, dass es auch ohne Regionalkonferenz geht.

Dass es nur miteinander geht, ist meiner Ansicht nach klar und alternativlos; nur mit einer intensiven Zusammenarbeit unter den Gemeinden wird es möglich sein, den vielschichtigen und aus unterschiedlich grossen Gemeinden (mit vielen Kleinstgemeinden) bestehenden Oberaargau in dieser Vielfalt zu erhalten. Dazu braucht es das Bewusstsein, dass ein geeinter Oberaargau letztlich das Wohl aller – sowohl der Gemeinden als auch der Bevölkerung – fördert. Seit der Verwaltungskreisreform waren die Bemühung um und der Wunsch nach der Schaffung einer regionalen Identität im Oberaargau deutlich erkennbar. Verschiedene Teilprojekte dazu wurden im Rahmen des Projekts «Identität Oberaargau» mit Hilfe von Behörden und privaten Institutionen initiiert, die allesamt die Idee verfolgten, den im Kanton Bern peripher gelegenen Oberaargau zu stärken. Bereits im Jahrbuch des Oberaargaus 2010 wurden diese Projekte vorgestellt. Die Teilprojekte Wappen/Logo, Marsch/Lieder sowie Kultur/Literatur wurden mit grosser Motivation und beachtlichen Resultaten vorangetrieben. Einzig im Teilbereich Wappen waren die Vorschläge zu wenig überzeugend oder konnten keine Mehrheit finden, so dass es vorläufig noch kein Oberaargauer Wappen geben wird. Hingegen konnte im Bereich Logo eine mehrheitsfähige Lösung gefunden werden. Im Rahmen der Überarbeitung der Website der Region Oberaargau wird dieses künftig unter anderem auf der Homepage www.oberaargau.ch und auf dem Briefpapier der Region Oberaargau zu finden sein. Ebenfalls wurde das Oberaargauer Lied den politisch-geographischen Umständen der heutigen Zeit angepasst und zudem als Oberaargauer Marsch und Jodel bereits mit grossem Erfolg uraufgeführt.

Als komplett neues Projekt soll letztlich ein interaktives Schulmodul für den Unterricht im Fach Natur-Mensch-Mitwelt (NMM) den Schulen im Oberaargau zur Verfügung gestellt werden. Das Konzept ist bereits erstellt und die Arbeiten laufen im Hinblick auf das Schuljahr 2013/2014 auf Hochtouren.

Solche Projekte sind meiner Meinung nach von absoluter Wichtigkeit, um eine Oberaargauer Identität zu schaffen. Diese und die Vielzahl positiver Begegnungen mit in diesem Sinne engagierten Oberaargauerinnen und Oberaargauern stimmen mich positiv, dass es dem Oberaargau gelingen wird, auch ohne Regionalkonferenz näher zusammenzustehen, um sich damit im Kanton Bern als starke Region zu behaupten.